

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/44

Hannover, 3. Juni 1947

Deutschland - demokratisch und sozialistisch

Von Dr. Kurt Schumacher

Am Abend des ersten Tages der Konferenz der führenden Politiker der SPD in Frankfurt sprach am 31. Mai der Vorsitzende der Partei über Radio Frankfurt. Wir geben seine Ausführungen hier im Wortlaut wieder, weil diese Rede von grundsätzlicher Bedeutung ist und über den politischen Willen der SPD und seine Begründung unzweideutig unterrichtet.
Die Redaktion

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist dieselbe Partei in allen Zonen. Ihre aus der Geistesgeschichte des demokratischen Sozialismus in Deutschland und aus einer Analyse der neuen Situation erwachsene Überzeugung trifft nun mit vier verschiedenen politischen, staatsrechtlichen, ökonomischen und kulturellen Konzeptionen der grossen Siegermächte zusammen.

Die Zonengrenzen scheiden heute nach Form und Inhalt mehr als es früher die Staatsgrenzen auf der europäischen Landkarte taten. Die Deutschen sind nun vor die Frage gestellt, zusammen zu arbeiten und aus den Erfahrungen und Vorbildern der Welt etwas Positives zu lernen oder einfach widerspruchslos in jeder Zone die Meinungen der betreffenden Siegermacht einfach zu imitieren.

Den tollsten Exzess der sklavischen Nachahmung sehen wir bei der russisch kontrollierten kommunistischen SBZ. Dass dabei eine völlige Selbstaufgabe des deutschen Volkes und der deutschen Notwendigkeiten, ja, sogar der Ideen der internationalen Zusammenarbeit die Folge sein muss, wird durch ein Übermass von nationalistischen Phrasen aus der Welt zu schaffen versucht.

Die Kommunisten sind heute in allen europäischen Ländern die unversöhnlichen und raffsüchtigen Nationalisten. Sie tragen damit auf Befehl die Elemente der Unruhe, der Desorganisation und der Lähmung in eine Periode des europäischen Aufbaus. Sie demonstrieren gegen den Hunger und schaffen alle Voraussetzungen für seine Dauer. Sie sabotieren Deutschland und proklamieren es.

Der Versuch, die politische Phraseologie, die sich im Schutze der Besatzungsmacht in der Ostzone monopolistisch geltend macht, auf ganz Deutschland zu übertragen, ist in Wahrheit der Versuch, Deutschland einseitig für eine Siegermacht gegen alle anderen Siegermächte zu engagieren.

Wir Sozialdemokraten wollen den Ausgleich mit Russland. Aber wir können ihn nicht um den Preis der Verfeindung mit der ganzen Welt betreiben. Das deutsche Volk ist nicht das politische Kanonenfutter für den imperialen Expansionsdrang irgendwelcher Mammuträucher.

Die Intoleranz der Totalitären begeistert uns in solch einem Fall als "Antibolschewisten". Das ist falsch. Die Sozialdemokratie ist nicht anti-russisch, aber sie ist prodeutsch. Und sie ist nicht für irgendeinen Nationalismus, sie ist für Frieden und Freiheit in der ganzen Welt.

Die Sozialdemokratie wird nicht aufhören, für die Einheit Deutschlands zu kämpfen. Sie bejaht grundsätzlich den Gedanken einer nationalen Repräsentation durch die politischen Parteien. Aber diese politischen Parteien

sind im Reichsrahmen noch nicht vorhanden. Wir meinen das nicht in dem engen formaljuristischen Sinne einer Lizenzierung durch die Sieger. Aber wir erklären die Unverzichtbarkeit der Forderung, in allen vier Zonen unter den gleichen Bedingungen der politischen Meinungs- und Aktionsfreiheit, der Rechtssicherheit und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, sich mit jedem politischen Gegner messen zu können.

Würden wir diese Forderung aufgeben oder auch nur schwächlich und blass handhaben, dann würden wir in Wahrheit die nationale Einheit verraten. Es gibt keine Einheit, bei der der eine Teil des deutschen Volkes die relative Freiheit einer entstehenden Demokratie hat und der andere Teil Deutschlands unter dem Terror der Staatspartei einer Besatzungsmacht sauft.

Das Verbot der Sozialdemokratie in der Ostzone ist keine Parteifrage. Sie ist die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie auf deutschem Boden und damit die nationale Frage der Politik, und dasa sie eine der wichtigsten Angelegenheiten der Welt ist, sei hier nur nebenbei bemerkt.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, dass die Sozialdemokratie in diesem Kampf um das nationale Prinzip der Deutschen von den anderen Parteien weitgehend im Stich gelassen wurde. Dass die Kommunisten trotz ihrer Überproduktion an demokratischen Phrasen sich nicht für die Demokratie erklären würden, ist bei ihren Abhängigkeiten selbstverständlich. Dass aber auch die bürgerlichen Parteien die 17 Millionen Deutsche im Osten einfach ignorieren, ist peinlich und spricht nicht dafür, dass man Wesen und Notwendigkeit der Demokratie in diesem Lande begriffen hat. Schliesslich ist ja die kommunistische SED nicht die einzige Nutzniesserin der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone.

Das Bemühen, eine Gesamtvertretung des deutschen Volkes durch die Länder zu schaffen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der deutsche Gesamtwille kann nur direkt durch das ganze deutsche Volk aus seiner eigenen politischen Willensbildung und mit der Tendenz zu der eigenen entsprechenden Staatspersönlichkeit geformt werden. Ein Deutschland, das sich und seine Zuständigkeiten von irgendwelchen anderen Stellen ableitet, verleugnet sich selbst und ist lebens- und funktionsunfähig. Es kann nach dem furchtbaren Anschauungsunterricht des letzten Winters, der gezeigt hat, wie wenig die Länder imstande sind, die Probleme der Ernährung und Wirtschaftsbelebung zu meistern, nicht mit denselben Fehlern der Struktur und Organisation in den nächsten Winter gehen.

Die partikularistische Romantik ist die Erbin der dynastischen Aufspaltung Deutschlands. Ihre Lebenskraft ist nur so stark, als sie das konservative Prinzip der Besitzenden ist, die von ihrem Besitz zu Gunsten der Allgemeinheit nichts abgeben, den Finanz- und Lastenausgleich verweigern und die armen Leute das Dritte Reich bezahlen lassen wollen.

Das lebendigste und stärkste Stück Verfassung in Deutschland ist der Wille zur nationalen, staatlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Einheit. Neben ihm verblassen alle schon geschaffenen oder noch zu schaffenden Länderverfassungen, die zwangsläufig einen stark provisorischen Charakter tragen. Sie werden getrieben von den gleichbleibenden Tatsachen der Existenz des deutschen Landes, des deutschen Volkes und seinem Staatswillen. Sie ruhen nicht nur auf den ökonomischen, sozialen und ernährungsmässigen Zwangsläufigkeiten. Sie ziehen ihr Leben auch aus dem Geschichtlichen und Politisch-Psychologischen. In einer Welt, in der sich Deutschland und selbst Europa als zu kleinräumig zur Bewältigung der lebensnotwendigen Aufgaben erweisen, kann man nicht doktrinar die Ländersouveränität praktizieren. Schliesslich hat niemand das Recht eines staatsrechtlichen Doktrinarismus wegen, seine Mitbürger hungern zu lassen.

Die Einladung zur Münchener Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten war eine Überraschung. Wir sehen die Taktik der Husarenstrieche im Interesse des deutschen Volkes nicht gern. Es erinnert immer an die Praxis der kommunistischen SED, wenn man ohne vorherige Fühlungnahme mit anderen Kräften

als Exponent einer politischen Partei und eines Landes derartig aktiv an die Öffentlichkeit tritt.

Wir Sozialdemokraten wollen die mangelnde politische und rechtliche Aktivlegitimation des Einladenden nicht zum entscheidenden Faktor unserer Beurteilung werden lassen. Schliesslich sind ja allen Deutschen gewisse vitale Interessen gemeinsam, und man soll keinen Weg unversucht lassen, dem eigenen Volke und der Welt diese Gemeinsamkeit und Notwendigkeit mit möglichstem Nachdruck vor Augen zu führen.

Es steht noch nicht fest, ob die Ministerpräsidenten der Ostzone erscheinen. Ihre Gegenbedingungen, die die absolute Herrschaft der Maximen der kommunistischen Politik bedeuten würde, sind zwar gestellt. Es liegt aber im Wesen einer totalitären Technokratie auch in der Politik, dass ihre Programme nichts und die Gefolgschaft der Massen für die Programme alles bedeuten. Für sie ist alles Propaganda und Propaganda heisst Auswechselbarkeit des Standpunktes. Das Nein von heute ist das Ja von morgen.

Wir würden es begrüssen, wenn die Ministerpräsidenten der Ostzone in München erscheinen würden. Wir halten es selbstverständlich, dass sich die anderen Ministerpräsidenten nicht vom totalitären Lärm der schwarz-weißen roten Kommunisten erpressen lassen. Für ebenso selbstverständlich erachten wir aber auch, dass sie nicht mit einer staatsrechtlichen Konzeption für Deutschland antworten, die föderalistisch ist. Die Münchener Konferenz soll praktische Erfolge bringen. Voraussetzung dazu ist die kluge Selbstbeschränkung auf die Erörterung der Nöte des Tages und ihre Überwindung mit konkreten und möglichen Mitteln. Das deutsche Volk ächzt unter untragbaren Bürden. Es will, dass die Regierungen der Länder ihm helfen, den vorhandenen Notstand zu überwinden.

Jeder denkbare Erfolg wäre aber vereitelt, wenn Themen diskutiert würden, die mit den aktuellen Sorgen des Lebens nichts zu tun haben. Niemand ist in München dazu legitimiert, die Möglichkeiten einer zukünftigen Reichsverfassung auch nur in der Tendenz vorwegzunehmen.

Niemand kann auch das Verhältnis der Länder zum Reich oder gar ein internationales Recht der Länder dort fixieren. Niemand unter den hohen Funktionären der öffentlichen Versammlung kann auch die Politik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber anderen Parteien festlegen.

Wir sind jetzt in einen entscheidenden Abschnitt der Nachkriegsentwicklung eingetreten. Entscheidend für das deutsche Volk, entscheidend aber auch für die Siegermächte, in Deutschland ist man bei aller Anerkennung der Schuld des Dritten Reiches und der Leistungen gerade Amerikas und Grossbritanniens für das deutsche Volk doch der durchaus berechtigten Meinung, dass viel unvermeidbares Unheil eingetreten ist. Jetzt kommt es auf die Schnelligkeit, die Stärke und Eindeutigkeit des Entschlusses der Sieger an, eine progressive ökonomische Politik gegenüber den Deutschen einzuleiten. Das Tempo und der Nachdruck der Aktion sind seelisch, politisch und materiell gewiss keine Fehlleitungen der heute für die Gestaltung Europas entscheidenden Kraftzentren.

Die Sieger werden jetzt Proben auf das Exempel ablegen können. Es geht vor allem um die Sicherung der Ernährungslage. Der Hunger hat bei einem grossen Teil des deutschen Volkes alles vorstellbare Mass überstiegen und droht, die politische Erkenntnis und den guten politischen Willen zu lähmen. Man sollte auch nicht den Fehler begehen, die Hausbrandversorgung zu stoppen. In anderen Fällen wird von den frierenden Massen im nächsten Winter das Mehrfache an Kohlen geraubt werden, von denen dann 60% und mehr wieder auf dem Schwarzen Markt erscheinen. Die nachdrückliche und sofortige Belebung des Exports ist die entscheidende Frage. Der erklärliche und zum Teil zwangsläufige Wunsch, selbst auf den internationalen Absatzmärkten möglichst stark zu erscheinen, muss sich mit den deutschen Notwendigkeiten der Ausfuhr auf einen einheitlichen Nenner bringen lassen.

In den vergangenen beiden Jahren sind die Deutschen oft genug die Feinde der Deutschen gewesen. Von den Möglichkeiten, die ihnen jetzt durch die Stärkung und Belebung der Bizone geboten werden, müssen sie den richtigen

3. Juni 1947

Gebrauch machen. Eine kraftvolle deutsche Wirtschaft im Westen ist die erste Voraussetzung der deutschen Einheit. Nach der furchtbaren Entleerung der Ostzone von industriellen Produktionsmitteln wird der deutsche Westen einmal seine Aufgabe darin sehen müssen, das ökonomische Vakuum des Ostens auszufüllen. Wie entsetzlich die Leere ist, werden wir hoffentlich aus dem Mund der Ministerpräsidenten der Ostländer erfahren, die uns einmal in absoluten Zahlen erklären werden, was demontiert worden ist, welche Produktionsmittel noch zur Verfügung stehen und welche praktischen Beihilfen in Sachen der Ernährung die Ostzone gegen industrielle Güter des Westens auszutauschen gewillt ist.

Als massgebender Faktor der westdeutschen Wirtschaft erscheint jetzt der Wirtschaftsrat. Seine Kompetenzen werden die Zuständigkeiten aller bizonalen Ämter umfassen. Über kurz oder lang wird er sämtliche Gebiete der deutschen Wirtschaftspolitik umklammern. Es kommt auf seine Kraft und seine Initiative an.

Wenn neben dem Wirtschaftsrat ein Exekutivkomitee von den Vertretern der acht Länder steht, das die Direktoren der Exekutive überwacht, so bedeutet dies genau wie der andere Umstand, dass der Wirtschaftsrat von den Landtagen gewählt wird, eine starke ländermässige Fundierung. Grundsätzlich anders könnte es nur sein, wenn wir ein zentrales aus direkten Wahlen hervorgegangenes Westparlament hätten. Das können wir nicht wollen und wollen wir nicht, weil wir den Weg zur deutschen Einheit offenhalten wollen.

Dass aber die Überwindung der alten Länderpolitik gewollt ist, zeigt die Tatsache, dass der Wirtschaftsrat den Ländern und ihren Parlamenten nicht verantwortlich ist, und dass seine Abgeordneten nicht zur gleichen Zeit Landtagsabgeordnete sein oder bleiben können. Es setzt sich hier die Praxis des Grundsatzes durch: "Reichsrecht bricht Landesrecht".

Es lässt sich nur schwer verstehen, dass gegenüber den Notwendigkeiten eines hungernden Volkes und einer zerbröckelnden Wirtschaft der Ministerpräsident eines Landes keine andere Sorge hat als die, die Tätigkeit des Wirtschaftsrates und der wirtschaftlichen Vereidigung auf die Periode nach dem eventuellen Scheitern der Londoner Novemberkonferenz zu verschieben.

Es hat noch keine Situation seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gegeben, die soviel schicksalsschwere Klarheit des Blicks und Mut zur Verantwortung verlangt hat.

Wir können in der Bizone nicht vierzig Millionen hungern lassen. Wir müssen alles tun, um einen zweiten Winter wie den vorhergegangenen zu vermeiden. Menschlichkeit, wirtschaftliche und politische Einheit schreiben hier die Linie vor. Wir tun es aber nicht, um des Westens, wir tun es um des ganzen Deutschland willen. Es gibt für deutsche Sozialdemokraten keinen politischen Gedanken, der sich nicht immer wieder mit der stummen Armee in der östlichen Besatzungszone befasst. Es gibt keine Politik, in der nicht die Hoffnung und der unbergsame Wille zu ihrer Rückgewinnung, ihrer ökonomischen und politischen Freiheit die massgebenden Momente sind.

Sagt Schumacher nur Nein?

P.R. Der Kreis derer, der dieser Ansicht ist, wächst. Er umfasst die offiziellen Sprecher der SED / KP ebenso wie viele Nichtsozialisten, insbesondere süddeutsche Föderalisten, die doch die deutsche Einheit gewahrt wissen wollen, die ehrliche Christen und Demokraten sind. Der besorgten Fragen werden immer mehr, Fragen vor allem nach dem Wohin der Politik Schumachers. Er habe zwar, so sagt man, sehr viele ungemein treffende Formulierungen zur deutschen Gegenwartssituation gefunden, aber seit einiger Zeit beschränke er sich doch eigentlich mehr und mehr darauf, gegen irgendetwas zu sein, und an sich begrüssenswerte Pläne zur Stärkung der deutschen Einheit zu "zerschlagen". Die Bildung einer deutschen Repräsentation durch die Parteien habe ebensowenig seine Billigung gefunden wie die Initiative des bayerischen Ministerpräsidenten, auf der Basis der Länderregierungen etwas Entsprechendes zu erreichen, von ihm unterstützt worden sei. Bei der Bedeutung der SPD im politischen Leben Deutschlands bedeute aber seine ostentative Zurückhaltung praktisch die Zerschlagung aller dieser Bemühungen, zu einer wirklichen Einheit zu kommen.

"Wirkliche Einheit" - damit ist man bei dem entscheidenden Stichwort. Man sollte meinen, dass Schumacher in seinen zahlreichen Äusserungen zu diesem Thema deutlich genug gewesen ist in dem, was er als wirkliche Einheit ansieht. Viele werfen ihm ja gerade zu grosse Deutlichkeit vor. Ist das Bestehen auf Voraussetzungen, wie er sie genannt hat und wie sie hier im einzelnen nicht wiederholt werden sollen, wirklich nichts anderes als heckbeinige Prinzipienreiterei eines engstirnigen Parteipolitikers und unverträgliche Anmassung eines politischen Stars? Seine Gegner und auch seine warnenden Freunde ausserhalb der eigenen Reihen - die sich zumindest so bezeichnen - halten ihm immer wieder die Pflicht zum Ausgleich mit anders Denkenden vor und empfehlen ihm, massvoller in seinen Forderungen und ihrer Formulierung und weniger stürmisch in dem Verlangen nach ihrer Erfüllung zu sein. Bei alledem soll hier gar nicht von denen gesprochen werden, die ihre eigenen und fremde Ansichten mit persönlichen Beschimpfungen wiedergeben, sondern nur von denen, die ihre Bedenken in loyaler Gesinnung vorbringen.

Es ist vielleicht gut, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass Kurt Schumacher, durchaus nicht in Übereinstimmung mit allen seinen Parteifreunden, bis zur letztmöglichen Konzession für Koalition und Zusammenarbeit mit anderen Parteien, für Regierungsbeteiligung in den Ländern auch unter parteitaktisch ungünstigen Voraussetzungen eingetreten ist - eben in dem echten Verantwortungsbewusstsein, aus dem seinerzeit auch sein Wort vom "Lotterbett der Opposition" fiel. Natürlich weiss auch Schumacher, wie nur irgend jemand, dass das Kompromiss zum täglichen Brot der Demokratie gehört, wenn er vielleicht auch härter als manch anderer den eigenen Standpunkt vertritt. Das gehört zu seiner Eigenart, wie Konzilianz und Nachgiebigkeit irgendeinem anderen entsprechen mögen.

In einem Punkt allerdings ist er kompromisslos: in der Auslegung des Begriffes Demokratie. Demokratie und Einheit mit den östlichen Vorzeichen von Rechtsunsicherheit und Staatsvergottung lehnen er und seine Freunde ab. Er ist im tiefsten Kern seines Wesens ein aufrechter und aufrichtiger Mann. Verlogenheit ist ihm ein Grauel, jene politische Verlogenheit vor allen Dingen, die das bestimmende Merkmal des Naziregimes war und die sich leider heute wieder in dem krassen Widerspruch von Worten und Taten bei einer recht einflussreichen politischen Richtung findet. Wer von dieser giftigen Frucht, so meint Schumacher, isst, stirbt daran, wenn nicht heute oder morgen, dann eines späteren Tages. Es essen aber heute schon wieder Millionen Deutsche, wie sie es zwölf Jahre lang taten, vom Brot der täglichen Selbsttäuschung und Selbstverleugnung, und täglich bekommen sie die Medizin der vorgeschriebenen Meinung gereicht, berauschen sich auch schon wieder an Illusionen und grossen Worten. Sie haben dabei zwar einen schlechten Geschmack

auf der Zunge, anderen ist sogar speißel davon, wenn sie es auch nur sich selbst zugeben. Die meisten von ihnen sind, wie ehemals, in einer Zwangslage.

Hier will Schumacher - und viele Millionen Deutscher gehen in diesem Punkt vorbehaltlos mit ihm und danken ihm für seine klare Haltung - nicht mitmachen, hier sagt er freilich entschlossen: Nein. Denn er weiss, dass auch eine repräsentative Parteien-Einheit, wie sie geplant war, nur Wert hätte, wenn sie in der Gemeinsamkeit wie Gegensätzlichkeit der in ihr vertretenen verschiedenen Parteiauffassungen, ehrlich ist. Aber sie bleibt Selbsttäuschung und ein höchst gefährliches trügerisches Spiel, solange die Voraussetzungen für eine solche Aufrichtigkeit nicht gegeben sind, und zwar aus Gründen, die ausserhalb deutscher Einwirkungsmöglichkeiten liegen. Es ist durchaus denkbar, ja wahrscheinlich dass der Riegel dieser Hindernisse noch lange Zeit den Zugang zur wahren demokratischen Einheit Deutschlands versperrt. Das ist bitter, lässt sich aber zur Zeit nicht ändern - am wenigsten von uns.
(m/26/1/he)

Die Parteien in Bulgarien

Von unserem eigenen Korrespondenten

W.J. Sofia, Ende Mai 47

Über die Zusammensetzung des bulgarischen Parlamentes und die Verteilung der politischen Funktionen im Lande sind viele irriige Behauptungen im Umlauf. Aber erst ein zutreffendes Bild erlaubt ein begründetes Urteil über die bulgarische Politik und die hier wirkenden Kräfte. Dieses Bild sieht so aus: die Regierungskoalition wird gebildet von 366 von insgesamt 465 Abgeordneten, und zwar von den Kommunisten (Bulgarische Arbeiterpartei) mit 275 Mitgliedern, von einer Gruppe der Agrarpartei mit 69 Abgeordneten, von 9 Sozialdemokraten, 8 Mitgliedern der Sweno, 4 Radikalen und 1 Parteilosen. Die übrigen 99 Parlamentsmitglieder umfassen 90 Abgeordnete der oppositionellen Gruppe der Agrarpartei, 8 oppositionelle Sozialdemokraten und einen Parteilosen. Die Kommunisten haben überall im Lande die Führung. Von 9 Distriktschefs (etwa den ehemaligen preussischen Oberpräsidenten vergleichbar) sind 3 Kommunisten, 3 Koalitions-Agrarier, 2 Anhänger von Sweno und 1 Sozialdemokrat. Von 95 Bezirkschefs (etwa Regierungspräsidenten) gehören an: 50 der Arbeiterpartei (Kommunisten), 35 der Agrarpartei, 5 dem Swenokreis, 3 der Sozialdemokratie und 2 Stellen sind unbesetzt. Unter 106 Stadtbürgermeistern befinden sich 73 Arbeiterparteiliche (Kommunisten), 13 Agrarier, 3 Swenoanhänger, 10 Sozialdemokraten, 1 Radikaler und die übrigen Stellen sind unbesetzt. Die Dorfbürgermeister verteilen sich nach ihrer Parteizugehörigkeit wie folgt: 1190 Arbeiterparteiliche (Kommunisten), 666 Agrarier, 40 Sweno, 40 Sozialdemokraten, 2 Radikale, 25 Unabhängige.

Spannungen zwischen Polen, Sozialisten und Kommunisten

Zwischen den Sozialisten und Kommunisten innerhalb der polnischen Regierung ist es neuerdings zu scharfen Differenzen gekommen, die auf die zunehmende Preissteigerung zurückzuführen ist. Trotz erheblicher Produktionserhöhung hat sich in den beiden letzten Monaten eine beträchtliche Teuerung bemerkbar gemacht, die in der Arbeiterschaft starken Unwillen hervorrief. Der kommunistische Minister für Industrie und Produktion Hilary Minc, Polens "Wirtschaftszar", macht für die Preissteigerung die nationale, sozialistisch beherrschte Genossenschaft "Spolem" verantwortlich und forderte deren Ersatz durch eine Staatsstelle, die alle wichtigen landwirtschaftlichen Produkte aufkaufen soll, wodurch Minc praktisch auch sie unter seine Kontrolle brächte. Die Sozialisten schlagen dagegen den sozialistischen Ministerpräsidenten Joseph Cyrankiewicz als Chef einer Preisfestsetzungsbehörde vor. (m/Rlo/36/1/he)

Die ungarische Krise

HGST - Der Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Nagy, seine vorher erfolgte Flucht in die Schweiz und die übrigen Begleitumstände der Budapester Regierungskrise deuten darauf hin, dass die Entwicklung in Ungarn in ein entscheidendes Stadium getreten ist.

Seit dem Zusammenbruch hatten sich die innenpolitischen Verhältnisse Ungarns durch die Formation von vier grösseren Parteien geklärt, deren Position durch die 1945 abgehaltenen Wahlen bestimmt wurde. Bei diesen erhielt die Partei der Kleinen Landwirte 60% der Wählerschaft, während die restlichen Stimmen den Sozialisten, Kommunisten und Nationalen Bauern zu gefallen waren. Die drei letzteren Parteien bildeten den sogenannten Linksblock. In der Partei der Kleinen Landwirte hatten sich neben dem grössten Teil der Landbevölkerung Geschäftsleute, Pensionisten und derjenige Teil der Wählerschaft gesammelt, der vordem in Rechtsparteien organisiert war. Sozialisten und Kommunisten teilten sich in die Arbeiterschaft, während die Nationalen Bauern als grössere Splitterpartei galten.

Form und Ausgang der ungarischen Wahlen wurden - in der westlichen Welt - als Beweis für die Lebendigkeit des demokratischen Gedankens in einem Lande bewertet, dessen parlamentarische Traditionen zu den ersten in Europa gehörten. Die Bereitschaft der Kleinen Landwirte, trotz ihrer klaren parlamentarischen Mehrheit eine Koalitionsregierung mit den Minderheitsparteien einzugehen, schien diese Diagnose zu bestätigen. Überdies waren sich alle Gruppen des Parlaments über die Notwendigkeit grundsätzlicher Reformen, vor allem auf dem Gebiet der Landverteilung, einig. Eine praktische Arbeitsgemeinschaft sollte jedoch nicht zustandekommen, da das innenpolitische Kräftespiel von Faktoren beeinflusst wurde, die ausserhalb des ungarischen Verfassungslebens wirkten. Die russische Besatzungsmacht liess nach den Wahlen noch unmissverständlicher als vordem erkennen, dass sich von den ungarischen Parteien lediglich die Kommunisten ihres uneingeschränkten Vertrauens erfreuten. Die Kommunisten benutzten dies, um sich mit Eifer an die Eroberung von Stellungen zu machen, die ihnen die Wahlen versagt hatten. Sie gewannen schnell die Führung im Linksblock und sicherten sich in der Folge durch systematische Infiltration ihrer Anhänger mehr und mehr Schlüsselstellungen in allen Zweigen der Verwaltung, Wehrmacht und Polizei.

Die höhere Qualität ihrer Führer, vor allem des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakosi, der dynamische Zug ihres Parteiprogrammes, die heimliche und offene Unterstützung der russischen Behörden, kamen ihnen dabei ebenso zu Hilfe wie die in sich uneinige Führerschaft der übrigen Parteien, vornehmlich der Kleinen Landwirte, deren Ministerpräsident Nagy durch seine stets schwankende, zu Kompromissen bereite, im ganzen schwächliche Haltung die Rolle eines ungarischen Kerenski übernommen hatte. In den Gewerkschaften wurden sozialistische Funktionäre mehr und mehr an die Wand gedrückt, während die Parteiführung der Sozialisten nicht einmal in der Frage zu einem Entschluss kommen konnte, ob die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zweckmässig zu bejahen oder zu verneinen war. Endlich schienen die Kommunisten über unbeschränkte Geldmittel zu verfügen, deren Herkunft umso unübersichtlicher war, als die Finanzierung der politischen Parteien in Ungarn weniger durch Mitgliederbeiträge als durch Einnahmen aus öffentlichen Einrichtungen wie Rundfunk, Theatern, Kinos, Export und Importlizenzen erfolgt, die den Parteien nach einem geheimnisvollen Schlüssel zur finanziellen Ausbeutung überlassen werden.

Nachdem auch die staatlichen Sicherheitsstellen in kommunistischer Hand vereinigt waren, erfolgte der tödliche Schlag gegen die Kleinen Landwirte durch die Aufdeckung eines angeblichen Komplottes gegen die Republik. Inwieweit die gegen führende Mitglieder der Kleinen Landwirte erhobenen An-

schuldungen den Tatsachen entsprechen, ist so wenig zu ermitteln, wie bei allen nach einem bekannten Muster aufgelegten politischen Prozessen, in denen Angeklagte nach polizeilicher Bearbeitung Grammophonplatten von Schuldbekennnissen abzusprechen pflegen. Jedenfalls zeugte es nicht für die Sicherheit der Anklage, dass der Hauptschuldige, der Generalsekretär der Kleinen Landwirte und fähigste Kopf der Partei, Kovacs, trotz seines Angebotes sich freiwillig zu stellen, nicht von den ungarischen Sicherheitsbehörden, sondern von den Russen verhaftet wurde, mit der Begründung, er habe gegen die russische Besatzungsmacht konspiriert. Der an diesen Vorfall anschließende scharfe zweimalige Notenwechsel zwischen der amerikanischen Kontrollkommission für Ungarn und dem russischen Oberbefehlshaber zeigte, wie wenig die Bedeutung dieser Episode auf die ungarische Innenpolitik beschränkt blieb. Als Ministerpräsident Nagy weiterem Druck nachgebend in diesem Zusammenhang in eine Reinigung seiner Partei von "unerwünschten Elementen" einwilligte, war der Zeretzungsprozess innerhalb der Kleinen Landwirte nicht mehr aufzuhalten. Die von den Kommunisten angestrebte Spaltung in einen rechten zur Regierung in Opposition stehenden und einen linken zur endgültigen Unterwerfung vor den Kommunisten bereiten Flügel trat ein und damit war die Majorität der Kleinen Landwirte im Parlament gesprengt. Die Ausschreibung von Neuwahlen nach bulgarischem, rumänischem, jugoslawischem Muster bedeutet nun für die Kommunisten kein Risiko mehr.

Die Eroberung des ungarischen Staatsapparates durch die kommunistische Minderheit zeigt somit die gleichen Aspekte wie die Einsetzung kommunistischer oder von dieser beherrschter Regierungssysteme in allen Ländern östlich der Donau und Elbe mit Ausnahme Berlins. In russischem Sinne stellt die neue Lage eine Konsolidierung der ungarischen Position dar, die im Hinblick auf die fällige Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages und die nicht für immer aufschiebbare Herstellung eines Friedens mit Österreich geboten schien. Falls der Österreich-Vertrag im November zustande käme und die Besetzung Österreichs damit zu Ende geht, entfielen auch der Vorwand für die weitere Stationierung russischer Truppen in Ungarn, die zur Zeit dort mit dem Hinweis der Sicherung der Verbindungslinien nach Österreich belassen werden. So gesehen haben die ungarischen Kommunisten keine Zeit zu verlieren. Trotzdem erscheint es fraglich, ob ein solcher Gestalt eingesetztes kommunistisches Regime einmal den Abzug der russischen Truppen aus Ungarn überleben wird. In keinem Lande trat nach 1918 die anti-kommunistische Reaktion früher und mit solcher Heftigkeit auf wie in Ungarn, wo sich das Bela Kun Regime mit den rumänischen Invasoren assoziiert hatte. Sollte diese Lehre schon vergessen sein? (b/-/26/A/he)

Japans neuer Ministerpräsident

Japans neuer Ministerpräsident, Tetsu Katayama, dessen Koalitionsregierung ihre Arbeit bereits aufgenommen hat, ist aus zweierlei Gründen eine bemerkenswerte Erscheinung im politischen Leben Japans. Mit ihm hat nicht nur zum erstenmal ein Sozialist, sondern auch ein Christ die Leitung der japanischen Regierungsgeschäfte übernommen. Tetsu Katayama, der im 60. Lebensjahr steht, kam als junger Tokioter Rechtsanwalt nach dem ersten Weltkrieg mit Professor Isao Abe, einem der Pioniere der sozialistischen Bewegung in Japan, in engen Kontakt und wurde von diesem für die sozialistische Idee gewonnen. 1926 hielt Tetsu Katayama beim Aufbau der sozialistischen Partei Japans, die 1940 aufgelöst wurde auf Anordnung der kaiserlich japanischen Regierung. Nach dem Zusammenbruch Japans übernahm er die Führung der zu neuem Leben erweckten sozialistischen Partei Japans, der "Shakaito", die aus den Wahlen im April als stärkste Partei hervorging und jetzt mit den Demokraten zusammen die Regierung bildet. Ziel der "Shakaito" ist die allmähliche Sozialisierung der japanischen Schlüsselindustrien. (m/Blo/26/1/he)